



Die Tübinger Müllwerker und Fahrer – hier Abdullah Kaplan (links) und Ismail Klusoy im Juni 2009 – werden nach dem mit der Gewerkschaft Ver.di ausgehandelten TVöD-Tarif bezahlt – das sind rund 785 000 Euro pro Jahr, für Beschäftigte in Privatunternehmen gilt der niedrigere Tarif (BDE): 637 000 Euro im Jahr. Archivbild: Sommer

# Arbeitsplätze haben Vorrang

## Kreistag entscheidet über die Neuvergabe der Müllabfuhr in Stadt und Kreis

**Der Tübinger Kreistag stimmt kommenden Mittwoch über die Neuorganisation der Müllabfuhr für den Landkreis und die Stadt Tübingen ab: Landrat und OB haben einen Kompromiss ausgehandelt, der die Arbeitsplätze der 19 städtischen Müllwerker sichern soll.**

CHRISTIANE HOYER

**Kreis Tübingen.** Hintergrund sind neue EU-Vorschriften. In einem ersten Schritt entschied der Kreistag im März über neue Abfallbehälter auf Rädern. Jetzt geht es darum, bestehende Verträge bis Januar 2013 anzupassen oder spätestens in diesem Herbst neu auszuschreiben. Der Landkreis ist seit 1994 für die Abfallentsorgung zuständig. Eine Privatfirma kümmert sich im Auftrag der Kreisverwaltung im Kreisgebiet um das Abholen und Entsorgen des Mülls. Mit der Stadt Tübingen schloss die Behörde eine Zusatzvereinbarung ab. Danach erledigt Tübingen die technische Abwicklung der Müllabfuhr nebst Verwaltung in Eigenregie. Satzung und Gebühren legt der Landkreis fest. Er muss der Stadt laut Abfallgesetz Kosten erstatten, die im Jahr 2009 bei 1,3 Millionen Euro lagen (Preisgleitklausel).

In den zurückliegenden Monaten haben Stadt- und Kreisverwaltung unterschiedliche Zukunfts-Modelle diskutiert. Dabei ging es vor allem um die Frage: Wie kann die Stadt

Tübingen ihre 19 Mitarbeiter (Lader und Fahrer, die auch den Winterdienst mit übernehmen) weiterbeschäftigen, mit denen sie unbefristete Arbeitsverträge nach öffentlich-rechtlichem Tarif (TVöD) abgeschlossen hat? Bei einer EU-weiten Ausschreibung hätte sie gegenüber privaten Anbietern das Nachsehen gehabt – allein für das Personal entstünden Mehrkosten von rund 150 000 Euro pro Jahr –, weil diese allenfalls den Mindestlohn von 8,10 Euro pro Stunde bezahlen.

### Ausgleichsbetrag für höhere Personalkosten

In den Überlegungen ad acta gelegt wurde auch die teuerste Variante eines gemeinsamen Müllabfuhrbetriebs von Stadt- und Kreisverwaltung, die rund 3,8 Millionen Euro kosten würde. Rund 3,3 Millionen Euro kämen zusammen, wenn die Stadt Tübingen ihren Müll komplett in Eigenregie verwalten und entsorgen (Rekommunalisierung) und der Landkreis die Leistung im übrigen Kreisgebiet ausschreiben würde.

Der Kompromiss mit der Stadt Tübingen sieht folgendes vor: Der Landkreis schreibt für 2013 das Abholen der Müllabfuhr im Kreis neu aus und überlässt Tübingen weiterhin die Müllabfuhr im Stadtgebiet. Die Erstattungskosten orientieren sich am Ausschreibungsergebnis und werden entsprechend auf die Anzahl der Müllgefäße und Einwoh-

ner Tübingens umgerechnet. Zum Ausgleich der höheren Personalkosten wegen der Tariflöhne nach dem TVöD bezahlt die Kreisverwaltung der Stadt Tübingen die Hälfte der Personalmehrkosten in Höhe von rund 75 000 Euro im Jahr – ein Festbetrag unabhängig von Tariflohnerhöhungen.

Tübingens Erster Bürgermeister Michael Lucke hält diese Lösung für einen „guten Kompromiss, mit dem Kreis und Stadt gut leben können“. Die Gespräche mit Landrat Joachim Walter und Kreiskämmerer Werner Walz seien „sehr kooperativ“ gewesen. Entscheidend sei, dass man die Arbeitsplätze der 19 städtischen Müll-Beschäftigten erhalten könne. Einer Rekomunalisierung erteilte er angesichts der finanziellen Situation eine Absage: „Unser Ziel muss sein, dass die Stadtkasse möglichst wenig belastet wird“, so Lucke. Als SPD-Kreisrat wird er am Mittwoch wegen Befangenheit nicht mit abstimmen. Der SPD-Fraktionssprecher Gerd Weimer lobt den „fairen Kompromiss“ und macht deutlich: Über mögliche andere Varianten wie die einer Kommunalisierung der gesamten Müllabfuhr durch die Kreisverwaltung könne man erst entscheiden, wenn „belastbare Fakten auf dem Tisch liegen“.

Weimer appelliert auch an die FWV-Fraktion, jetzt „nicht auszubrechen und die Stadt Tübingen im Regen stehen zu lassen“. Die FWV hat nach Auskunft von Sprecher Manfred Hofelich „Bedenken“, der Stadt Tübingen wegen höherer Personal-

kosten einen Ausgleichsbetrag von jährlich 75 000 Euro zu bezahlen. Der Hirrlinger Bürgermeister macht aber auch deutlich: „Unsere Fraktion hat kein Interesse an einer Konfrontation.“ Auch die CDU betont den „Bestand der Arbeitsplätze“. Der Kompromiss bringe dem Landkreis immerhin eine „wesentlich kostengünstigere Vereinbarung“ wie bisher, sagt Sprecher Eugen Höschele. Tübingen sei wegen seiner Müllwerker in einer Sondersituation – das wisse er aus seiner Zeit als Wirtschaftsbürgermeister nur zu gut.

### Sozialstandards für die Ausschreibung

Die Grünen-Sprecherin Sabine Schlager macht deutlich: „Es gibt keine Lex Tübingen, sondern ein Lex kommunal vor privat“. Bei jeder anderen Stadt oder Gemeinde aus dem Kreis würde man in einer vergleichbaren Situation ähnlich entscheiden. Oberste Priorität haben für die Grünen die Arbeitsplätze. So ließen sich auch höhere Müllgebühren rechtfertigen. Bei der Ausschreibung solle der Landkreis aber darauf achten, dass „Sozialstandards“ bei der Bezahlung gewährleistet werden. Landrat Joachim Walter hält den Kompromiss für den „goldenen Mittelweg“. Bisher sei man im Kreis mit der Mischlösung „nicht schlecht gefahren“.

Die öffentliche Kreistagsitzung beginnt um 15 Uhr im Landratsamt.